

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Katharina Willkom und der Fraktion der FDP

Situation der Blutplasmaspende

Aus menschlichem Blutplasma hergestellte Medikamente können für Patienten mit Erkrankungen wie primärem Immundefekt (PID), chronisch inflammatorischer demyelinisierender Polyneuropathie (CIDP), hereditärem Angioödem, Alpha-1-Antitrypsin-Mangel oder Hämophilie lebensrettend sein.

Das nach Ansicht der Fragesteller dafür unabdingbare, weltweit durch Spenden gewonnene und nach aktuellem Wissensstand durch nichts zu ersetzende Plasma stammt gegenwärtig zu 68 Prozent aus den USA. Während nach offiziellen Angaben der Plasma Protein Therapeutics Association im Jahr 2018 in Deutschland rund 3,2 Millionen Liter gespendet wurden, waren es in den USA rund 41 Millionen Liter, von denen allein rund 6 Millionen Liter nach Deutschland exportiert wurden. Gleichzeitig zeichnet sich ein Rückgang der Spenden in Deutschland ab.

Daraus ergibt sich die Situation, dass mit Blick auf die Versorgungssicherheit gegenwärtig eine deutliche Abhängigkeit Deutschlands von US-amerikanischen Spendern besteht. Laut aktueller Medienberichterstattung der ARD vom 5. Oktober 2019 (www.tagesschau.de/investigativ/ndr/blutplasma-101.html) sowie 29. Oktober 2019 (www.tagesschau.de/investigativ/ndr/blutplasma-145.html) findet die Gewinnung des aus den USA nach Deutschland exportierten Plasmas zudem teils unter fragwürdigen Bedingungen und mit niedrigeren Qualitätsstandards statt. Darin sieht gemäß Berichterstattung auch die Europäischen Union mittlerweile ein großes Problem.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung auf Blutplasma basierenden Medikamenten in der Patientenversorgung bei?
2. Wie schätzt die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung des Bedarfs an Spenderplasma ein?
3. Worin bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung die Ursachen für eine sich abzeichnende sinkende Spendebereitschaft in Deutschland?
4. Welche Auswirkungen hat die Abhängigkeit vom Import von Blutplasma aus den USA auf die Versorgungssicherheit in Deutschland aus Sicht der Bundesregierung?
5. Hält die Bundesregierung den Import von Blutplasma aus den USA unter Berücksichtigung der dortigen Bedingungen für Spender für ethisch vertretbar?
6. Sieht die Bundesregierung die Gefahr potenzieller zukünftiger Engpässe in der Versorgung mit Spenderplasma?
7. Welche Maßnahmen wären aus Sicht der Bundesregierung geeignet, um akute Versorgungsengpässe aufzufangen?
8. Plant die Bundesregierung eine Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über die Plasmaspende?
 - a) Wenn ja, wann soll diese anlaufen?
 - b) Wenn ja, welche Kosten und Mittel sind dafür eingeplant?
9. Plant die Bundesregierung eine Anpassung der zulässigen Aufwandsentschädigung für Plasmaspender an die allgemeine Teuerungsrate?
10. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie auf EU-Ebene erwirkt werden soll, dass in anderen EU-Mitgliedstaaten zukünftig Aufwandsentschädigungen an Spender gezahlt werden?

Wenn ja, wie?
11. Welche Entwicklung des Spendenaufkommens wird nach Kenntnis der Bundesregierung für die EU-Mitgliedstaaten erwartet?
12. Plant die Bundesregierung weitere konkrete Maßnahmen, um die Spendebereitschaft in Deutschland zu erhöhen, und wenn ja, welche, und zu welchem Zeitpunkt?

Berlin, den 14. November 2019

Christian Lindner und Fraktion